

Schriftführerin:

Frau Heike Ziegenbein Büro der Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
29.06.2022 und 17.08.2022
- 3 Aktuelle Situation Energielage
- 4 Die Konzentration der Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam auf dem
Campus Innenstadt
Vorlage: 22/SVV/0665
Oberbürgermeister, Projekt Campus LHP
Vorabbehandlung
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Neuorganisation der Geschäftsführung in der Klinikgruppe "Ernst von
Bergmann"
Vorlage: 21/SVV/0174
Fraktion DIE aNDERE
- 5.2 Bürgerbefragung zu Rechenzentrum und Garnisonkirche
Vorlage: 21/SVV/1201
Fraktion DIE LINKE
- 6 Verständigung zur Einwohnerfragestunde
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Rechtsgutachten betreffend Stiftung Garnisonkirche Potsdam
Vorlage: 22/SVV/0722
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
- 7.2 Strategische Projekte für die Planung DHH 2023/24
Vorlage: 22/SVV/0352
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement und Strategische Steuerung
- 7.3 Ausschreibung der Erstellung eines Pflegebedarfsplans für die
Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 22/SVV/0696
Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Inklusion

- 7.4 Gestaltungswettbewerb für den "Boulevard des Films"
Vorlage: 22/SVV/0709
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation und Partizipation
- 8 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 29.06.2022 und 17.08.2022

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 13 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung schlägt er vor, die Tagesordnungspunkte 5.2 und 7.1 vor der Bestätigung der Niederschriften aufzurufen sowie gemeinsam zu beraten, da sie sich auf die Themen Garnisonkirche/Rechenzentrum beziehen. Dazu erhält Herr Rechtsanwalt Dorn die Möglichkeit, das Rechtsgutachten vorzustellen.

Im Weiteren schlägt er vor, den Tagesordnungspunkt 5.1 - Neuorganisation der Geschäftsführung in der Klinikgruppe „Ernst von Bergmann“, DS 21/SVV/0174, bis zur nächsten Sitzung zu **vertagen**, da die Berichterstattung dazu heute im nicht öffentlichen Teil erfolgt.

Die so **geänderte Tagesordnung** wird zur Abstimmung gestellt und einstimmig **bestätigt**.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird das Ergebnis der Abstimmung über die Niederschriften (nach TOP 5.2, 7.1, 3 aufgerufen) hier wiedergegeben:

Zur **Niederschrift** der 59. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 29.06.2022 gibt es keine Hinweise; sie wird mit Stimmenmehrheit **bestätigt**.

Zur **Niederschrift** der 60. (außerordentlichen) öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 17.08.2022 gibt es keine Hinweise; sie wird mit Stimmenmehrheit **bestätigt**.

Eingangs erklärt der Oberbürgermeister, dass er verstärkt darauf achten werde, dass die Redezeit von 5 Minuten eingehalten wird.

zu 7.1 Rechtsgutachten betreffend Stiftung Garnisonkirche Potsdam

Vorlage: 22/SVV/0722

Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters

Herr Rechtsanwalt Dorn führt zum Rechtsgutachten aus, dass gemäß der gegenwärtigen Satzung der Stiftung eine Übertragung des vorgesehenen Grundstücksteils für das Kirchenschiff an die Landeshauptstadt nicht möglich sei.

Nur über eine Änderung der Satzung könne der Stiftungszweck geändert werden. Die Anforderungen dafür seien nach Recht und Gesetz sehr hoch, mit offener Prognose.

Er verweist darauf, dass er mit dem Gutachten den rechtlichen Rahmen dargelegt hat. Die Prognoseentscheidung müsse in der Stiftung getroffen und dazu die Voraussetzungen festgestellt und genau dokumentiert werden.

Anschließend beantwortet er die Nachfragen zur Rückfallklausel, Stiftungsaufsicht und Änderung des Stiftungsrechts zum 01.07.2023 des Bundesgesetzgebers.

Der Oberbürgermeister betont, dass offen kommuniziert wurde, die Stiftungssatzung zu ändern als Grundlage der Umsetzung der Phase. In der Vergangenheit habe die Stiftung geäußert, dass dieses möglich wäre. Die Diskussion begann, als die dauerhafte Übertragung bzw. Überlassung des Grundstücks auf der Grundlage eines Erbbaupachtvertrages kommuniziert wurde. Kehren sie ab vom Beschluss, sei der Weg einer Kompromissverhandlung zu Ende. Wollen sie kompromissbereit sein, dann bedeutet es Zugeständnisse zu machen oder aber die Annäherung ist nicht gewollt, dann müssen sie das Verfahren beenden.

Er bedankt sich bei Herrn Rechtsanwalt Dorn für seine Ausführungen. Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.2 Bürgerbefragung zu Rechenzentrum und Garnisonkirche

Vorlage: 21/SVV/1201

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt namens der Fraktion DIE LINKE folgenden Änderungsantrag ein, der den Mitgliedern des Hauptausschusses als Tischvorlage vorliegt:

Der zweite Absatz wird folgendermaßen gefasst:

Die Bürgerbefragung soll sich auf das Rechenzentrum beziehen. Dazu werden folgende Fragestellungen vorgeschlagen:

1. Sind Sie für den dauerhaften Erhalt des als Kreativzentrum genutzten Gebäudes des ehemaligen Rechenzentrums?
2. Sind Sie für den vollständigen Erhalt des ehemaligen Rechenzentrums?

3. Sind Sie für den teilweisen, aber maximal möglichen Erhalt des ehemaligen Rechenzentrums?

Nach Kritik an der Kurzfristigkeit dieser Änderung, schlägt Herr Dr. Scharfenberg eine Vertagung vor.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass diese Befragung etwas suggeriere, worauf sie keinen Zugriff haben, das stehe auch im Rechtsgutachten.

In der sich anschließenden Diskussion sprechen sich mehrere Mitglieder des Hauptausschusses für eine **Vertagung** aus. Nach Abfrage zur Terminstellung antwortet Herr Dr. Scharfenberg, dass der Antrag zur November-Sitzung wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden könne. Daraufhin schlägt der Oberbürgermeister vor, die Hauptausschusssitzung nach der Kuratoriumssitzung zu nutzen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3 Aktuelle Situation Energielage

Frau Burke erläutert für den Verwaltungsstab Energie die aktuelle Lage. Derzeit gestalte sich die Gasversorgungslage nach wie vor angespannt. Der Füllstand in Deutschland betrage 80 %. Die Versorgungssicherheit im Land Brandenburg sei zurzeit uneingeschränkt gewährleistet. Im Weiteren geht sie auf die Verordnung zur Sicherung der Energieversorgung über kurzfristig wirksame Maßnahmen ein, die u.a. ab 01.09.2022 bis 23.02.2023 die Regelung zur Raumtemperatur in Büroräumen enthält. Aktuell beschäftige sich der Stab mit Energieeinsparmaßnahmen. Der Oberbürgermeister ergänzt, dass geprüft werde, ob die getroffenen Maßnahmen im Einklang mit der genannten Rechtsverordnung stehen.

Auf die Kritik von Herrn Dr. Scharfenberg zur Maßnahme der Schließung des Kiezbades „Am Stern“ entgegnet der Oberbürgermeister mit Verweis auf die außerordentliche Sitzung des Hauptausschusses am 17.08.2022, dass die SWP und EWP Aussagen zu allen Einsparmaßnahmen gemacht hat. Frau Aubel informiert über den Verbrauch anhand der Zahlen aus 2019 und dass die Kurse transformiert werden konnten.

Zu der Frage, ob beabsichtigt ist, bei künftigen Stabsentscheidungen die Stadtverordneten mit einzubeziehen, antwortet der Oberbürgermeister, dass alle Maßnahmen, bevor sie in Kraft gesetzt, im Hauptausschuss öffentlich zur Diskussion gestellt werden. Im Weiteren verweist er auf das Geschäft der laufenden Verwaltung bzw. wenn die Bundesnetzagentur entscheidet, dann liege es nicht mehr in der Entscheidungsgewalt der Verwaltung.

zu 4 Die Konzentration der Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam auf dem Campus Innenstadt

Vorlage: 22/SVV/0665

Oberbürgermeister, Projekt Campus LHP
Vorabbehandlung

Im Werksausschuss Kommunaler Immobilien Service wurde vorab über das Thema informiert. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes hat die Vorlage zur Kenntnis genommen.

Der Dezernent für Zentrale Verwaltung, Herr Jetschmanegg, bringt die Vorlage ein und erörtert anhand einer Präsentation nach Änderung der Rahmenbedingungen die Schlussfolgerungen und Vorteile einer räumlichen Konzentration der Verwaltung auf dem Innenstadtcampus.

Frau Hüneke bringt namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden Ergänzungsantrag ein:

1. ...
2. ...

Die Entscheidung über die Positionierung vom Plenarsaal, die Fraktionen und Bürgerbeteiligung im Stadtgebiet (Plantage oder Campus) erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

Nachdem sich Herr Dr. Scharfenberg gegen diese Ergänzung ausgesprochen hat, bringt er folgenden Ergänzungsantrag ein:

1. Die Konzentration der Verwaltung **einschließlich der Stadtverordnetenversammlung** der Landeshauptstadt Potsdam auf dem Campus Innenstadt.
2. Die Aufhebung des Beschlusses 21/SVV/1214 zur Charakterisierung der zukünftigen Verwaltungsstandorte.
3. **Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung im Februar 2023 ein Umsetzungskonzept vorzulegen.**

Nach Klarstellung der nächsten Schritte, Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung und nachfolgendem Städtebaulichem Wettbewerb mit Beginn im Januar 2023 beantragt Frau Hüneke die Vertagung dieses Beratungsgegenstandes. Nach einer Für- und Gegenrede wird der Antrag zur Abstimmung gestellt:

Abstimmung:

Der Antrag auf **Vertagung** der DS 22/SVV/0665 wird

mit 6 Nein-Stimmen abgelehnt,

bei 6 Ja-Stimmen.

Anschließend geht es in der Diskussion bezüglich der Präzisierung der Planung des Plenarsaals sowie der Fraktionsbüros und Aufnahme in die Vorlage weiter; Herr Jetschmanegg beantwortet dazu die Fragen der Hauptausschussmitglieder.

Antrag zur Geschäftsordnung:

Herr Dr. Niekisch beantragt den Schluss der Debatte und Abstimmung.

Nach einem weiteren Redebeitrag werden die Ergänzungsanträge wie folgt zur Abstimmung gestellt:

Ergänzungsantrag Dr. Scharfenberg namens der Fraktion DIE LINKE: nur Punkt 1

Abstimmung:

Die o.g. Ergänzung wird

mit Stimmenmehrheit abgelehnt,

bei 5 Ja-Stimmen.

Ergänzungsantrag Frau Hüneke namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Abstimmung:

Die o.g. Ergänzung wird

mit 7 Ja-Stimmen angenommen,

bei 6 Nein-Stimmen.

Ergänzungsantrag Dr. Scharfenberg namens der Fraktion DIE LINKE: Punkt 3

Abstimmung:

Die o.g. Ergänzung wird

mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Anschließend wird die so ergänzte Vorlage zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Die Konzentration der Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam auf dem Campus Innenstadt.
2. Die Aufhebung des Beschlusses 21/SVV/1214 zur Charakterisierung der zukünftigen Verwaltungsstandorte.

Die Entscheidung über die Positionierung vom Plenarsaal, die Fraktionen und Bürgerbeteiligung im Stadtgebiet (Plantage oder Campus) erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	11
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	5

zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 5.1 Neuorganisation der Geschäftsführung in der Klinikgruppe "Ernst von Bergmann"

Vorlage: 21/SVV/0174

Fraktion DIE aNDERE

Zurückgestellt – bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses am 14.09.2022.

zu 6 **Verständigung zur Einwohnerfragestunde**

Die vorliegenden Fragen, so der Oberbürgermeister, wird der Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt beantworten.

zu 7 **Mitteilungen der Verwaltung**

zu 7.2 **Strategische Projekte für die Planung DHH 2023/24**

Vorlage: 22/SVV/0352

Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement und Strategische Steuerung

Der Oberbürgermeister verweist eingangs darauf, dass die Fachausschüsse beraten haben und erläutert die Mitteilungsvorlage.

Nach Fragen der Hauptausschussmitglieder insbesondere, ob die strategischen Ziele gänzlich umgesetzt werden können, den Zeitpunkt der Vorlage der Haushaltssatzung, dem Vorantreiben der Digitalisierung sowie der Aussage von Herrn Exner, Beigeordneter für Finanzen, Investitionen und Controlling, dass die Haushaltsaufstellung die schwierigste der letzten beiden Jahrzehnte sein werde, wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

zu 7.3 **Ausschreibung der Erstellung eines Pflegebedarfsplans für die Landeshauptstadt Potsdam**

Vorlage: 22/SVV/0696

Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Inklusion

Die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier, erläutert die Mitteilungsvorlage, die anschließend zur Kenntnis genommen wird.

zu 7.4 **Gestaltungswettbewerb für den "Boulevard des Films"**

Vorlage: 22/SVV/0709

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation und Partizipation

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 8 **Sonstiges**

Der Oberbürgermeister informiert über die geplante gemeinsame Sitzung des Hauptausschusses mit dem Kreisausschuss Potsdam-Mittelmark am 15.11.2022 in der Heimvolkshochschule Seddiner See. Dazu findet nach der Suche eines geeigneten Sitzungsortes nunmehr die Vorbereitung statt und erste Ideen für die Tagesordnung werde er in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses vorstellen.

Herr Dr. Scharfenberg kritisiert das Vorhaben, die Sitzung des Hauptausschusses am 14.09.2022 wegen einer Terminkollision mit einer Veranstaltung (Verleihung des Max-Dortu-Preises um 18:00 Uhr im Potsdam Museum) nicht stattfinden zu

lassen. Nach Prüfung, so der Oberbürgermeister, schlägt er vor, die Sitzung bereits um 16:00 Uhr zu beginnen und für eine Stunde die wichtigsten Punkte zu beraten. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.